Es gilt das gesprochene Wort

„25 Jahre 9/11 – Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in herausfordernden Zeiten“

Rede von Sigmar Gabriel

Vorsitzender der Atlantik-Brücke e. V.

Redezeit: ca. 18-19 Minuten

Sehr geehrte Frau Präsidentin Swaantje Katz,

lieber Herr Augustinowski,

sehr geehrte Mitglieder des Verbandes des Verbandes der Deutsch-Amerikanischen Clubs,

lieber Peer Steinbrück,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst danke ich Ihnen herzlich für die große Ehre, die Sie mir heute zuteilwerden lassen.

Eine Medaille mit dem Namen von Lucius D. Clay zu erhalten, ist schon etwas ganz Besonderes. Allemal für einen Vorsitzenden der Atlantik Brücke.

Denn General Lucius D. Clay war nicht nur Militärgouverneur in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland nach dem II. Weltkrieg und Vater der Luftbrücke zur Versorgung West-Berlins während der sowjetischen Blockade im Jahr 1948/1949, sondern er ist vor allem auch Geburtshelfer für die junge Bundesrepublik Deutschland gewesen.

Er hat erfolgreich gegen die anfänglichen Ideen einer totalen Deindustriealisierung Deutschlands, dem sogenannten Morgenthau-Plan, gekämpft, sondern auch die beiden anderen Besatzungsmächte von der Notwendigkeit eines neuen und demokratischen Deutschlands in den drei westlichen Besatzungszonen überzeugt – was anfangs überhaupt nicht selbstverständlich war.

Er war Treiber der Erstellung der sogenannten Frankfurter Dokumente, die am 1. Juli 1948 den bis dahin von den Alliierten ernannten Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer mit dem Auftrag übergeben worden, daraus ein demokratisch verfasstes Deutschland zu entwickeln, was der Parlamentarische Rat unter Vorsitz von Konrad Adenauer dann auch tat.

Die freiheitliche Verfassung, die am 23. Mai 1949 als Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet wurde und die wir heute in dem wiedervereinigten Deutschland genießen, haben wir ganz wesentlich auch Lucius D. Clay zu verdanken.

Es gilt das gesprochene Wort

Clays Verdienste um Deutschland und Berlin sind kaum überzubewerten. Er gehörte zu den Gründern der Freien Universität Berlin und angesichts des Mauerbaus 1961 kehrte er als Sonderbeauftragter des US-Präsidenten John F. Kennedys zurück nach Berlin und beeindruckte durch seine klare und harte Haltung gegenüber der Sowjetunion.

Allein die Anwesenheit Clays zeigte den West-Berlinern, dass die USA sie nicht dem Zugriff der Roten Armee überlassen würde.

Lucius D. Clay ist also ein wirklich großer Name, der uns an die enge Verbindung unseres Landes an die Vereinigten Staaten von Amerika erinnert.

Apropo Erinnerung: Normalerweise verleihen Sie die Lucius D. Clay Medaille ja am 6. Oktober, dem „German-American-Day“, der bis heute in den USA ein offizieller Gedenktag ist. In Deutschland vermutlich kaum bekannt, erinnert dieser Tag an das deutsche Erbe in Nordamerika. Im 19. Jahrhundert wurde dieser Tag erstmals gefeiert, geriet dann aber wegen der beiden Weltkriege gegen Deutschland in Vergessenheit.

1983 aber, wiederbelebte US Präsident Ronald Reagan diesen Tag anlässlich des 300. Jahrestages der Immigration von Deutschen und ihrer Kultur nach Nordamerika. Bis heute finden am 6. Oktober in vielen Städten der USA kulturelle Veranstaltungen statt, die an diese deutschen Ursprünge erinnern. Zugegeben nicht selten als Oktoberfest getarnt.

Ich erwähne das als kleines Zeichen dafür, wie tief die deutsch-amerikanische Verbundenheit in der Geschichte beider Länder wurzelt. Sie hat sogar zwei Weltkriege überlebt, deshalb sollten wir uns von einen zuzugeben verhaltensorginellen Präsidenten nicht abschrecken lassen.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis hat in den letzten Jahrzehnten Höhen und Tiefen erlebt. Wahrscheinlich erinnert sich jeder in diesem Saal, der damals alt genug war, wo er am Nachmittag des 11. September 2001 war. Es war ein Dienstag, ein strahlend blauer Spätsommertag – in New York wie bei uns. Die Bilder, die an jenem Tag in Echtzeit über die Fernsehsender verbreitet wurden, haben sich uns allen für immer eingebrannt: die Türme des World Trade Centers, das Feuer, der Rauch, und diese vielen Menschen, die vor den Augen der Welt ihr Leben verloren. Fast dreitausend Tote aus über neunzig Nationen. Vermutlich mindestens 4.000 Menschen starben in den Jahren danach an Erkrankungen aufgrund der über Wochen und Monate durch giftige Gase verpesteten Luft in Manhattan.

Wie wohl nie zuvor standen wir Deutschland an diesem Tag fassungslos mit unseren amerikanischen Freunden zusammen und trauerten um die vielen tausend Toten.

Der 11. September 2001 war nicht nur ein Angriff auf Amerika. Er war ein Angriff der islamistischen Terrororganisation Al Quida war eine Kriegserklärung auf die Idee des Westens – auf die Vorstellung, dass Menschen frei, offen und ohne Angst zusammenleben können.

Für uns Deutsche wog das doppelt schwer. Amerika war die Macht, die uns nach dem Krieg die Freiheit zurückgegeben und die Einheit erst möglich gemacht hatte. Immerhin gab es bei unseren europäischen Nachbarn in Frankreich, Großbritannien oder Italien erhebliche Widerstände gegen die deutsche Wiedervereinigung. Die Sorge um das erneute Entstehen

eines „Deutschen Reiches“, das erneut Sonderweg in Europa beschreiten würde, war weit präsenter, als wir das heute in Erinnerung haben. Es waren erneut die Vereinigten Staaten, die quasi eine Garantenstellung dafür einnahmen, dass das wiedervereinigte und größere Deutschland keine Gefahr für die europäische Einigung mit sich bringen würde, sondern eingebunden in die Europäische Union und die transatlantische Partnerschaft zu einem starken Pfeiler Europas werden würde.

Ein Angriff auf dieses Amerika – das war ein Angriff auf den Garanten auch unserer eigenen Freiheit.

Das ist nun ein Vierteljahrhundert her. Was ist in diesen 25 Jahren aus dem Verhältnis geworden, das an jenem Tag so eng war wie selten zuvor – dem Verhältnis zwischen Amerika und uns?

Ich möchte Sie heute mitnehmen auf einen Weg durch die zurückliegenden 25 Jahre. Keine Sorge, es wird keine Geschichtsstunde, sondern es soll der Versuch sein, zu verstehen, wie sich Amerika verändert hat – nach außen und, das ist mir wichtig, auch nach innen. Und was das für uns bedeutet.

Der Höhepunkt: Solidarität

Beginnen wir am Tag danach. Am 12. September 2001 titelte die französische Zeitung *Le Monde* – und *Le Monde*, wohlgemerkt, ist nicht gerade ein Blatt bedingungsloser Amerikabegeisterung – sie titelte also: „Nous sommes tous Américains" – Wir sind alle Amerikaner. Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach von „uneingeschränkter Solidarität". Und zum ersten und bis heute einzigen Mal in ihrer Geschichte rief die NATO den Bündnisfall aus, Artikel 5.

Halten wir das einen Moment fest: Diese Beistandsklausel war immer das Versprechen Amerikas an Europa gewesen. Nun wurde sie zum Versprechen Europas an Amerika. Und dieses Versprechen blieb nicht bloß ein Wort. In den Wochen nach den Anschlägen stiegen NATO-Aufklärungsflugzeuge vom deutschen Stützpunkt Geilenkirchen aus auf, um den Himmel über der amerikanischen Ostküste zu sichern – mit deutschen Soldatinnen und Soldaten an Bord. Zum ersten Mal wachten europäische Kräfte über amerikanische Städte, weil Amerikas eigene Maschinen anderswo gebraucht wurden. Die Richtung des Schutzes hatte sich umgekehrt.

Auch hier in Deutschland war die Solidarität überall zu sehen und zu spüren. Vor der amerikanischen Botschaft in Berlin etwa stapelten sich die Blumen. Der Schmerz der Amerikanerinnen und Amerikaner war auch unser Schmerz.

Wie gesagt: In jenen Tagen standen Deutschland und Amerika so eng beieinander wie kaum je zuvor. Es sollte uns lange nicht wieder so gehen.

Der erste Bruch: Irak und der Sicherheitsstaat

Denn schon wenige Monate später begann der erste tiefe Riss. Den Einsatz in Afghanistan trugen wir noch mit. Deutsche Soldaten kämpften dort, weit weg von zu Hause – für unser Land, das aus guten Gründen mit militärischer Gewalt hadert, eine Zäsur. Es war Verteidigungsminister Peter Struck, der dafür die Formel fand, die eine ganze Epoche prägen sollte: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt."

Ein Satz, über den bis heute gestritten wird – aber er machte unmissverständlich klar, wie weit uns der 11. September aus unserer alten Zurückhaltung herausgerissen hatte.

Damals geriet das deutsche Nachkriegsselbstbild ins Wanken. Deutschland hatte sich nach dem Krieg bequem eingerichtet: Wir durften uns sicher fühlen – weil Amerika für uns einstand. Wohlhabend – weil eine offene Welt unseren Handel trug. Und moralisch im Reinen – weil wir uns aus den Machtspielen heraushalten konnten. Sicherheit, Wohlstand und ein gutes Gewissen – alles auf einmal. Genau diese Welt war es, in die wir zurückwollten – und am liebsten noch heute zurückwollen. Doch diese Welt hat sich seit dem 11. September 2001 immer mehr aufgelöst.

Dann kam der Irak-Krieg – und zum ersten Mal stellte sich eine deutsche Bundesregierung offen gegen Washington. 2003 marschierten die USA im Irak ein, auf der Grundlage von Behauptungen über Massenvernichtungswaffen, die sich als falsch erwiesen. Schröder sagte „Nein“. Joschka Fischer sagte einem amerikanischen Verteidigungsminister ins Gesicht: „I am not convinced."

Und aus Washington kam die Retourkutsche: Verteidigungsminister Rumsfeld sprach vom „alten Europa", das man getrost übergehen könne.

Nach innen veränderte sich Amerika in diesen Jahren ebenfalls. Die Angst wurde zum politischen Grundton. Der „Krieg gegen den Terror" kannte kein Ende, Guantánamo wurde zum Symbol, und im Namen der Sicherheit tat das Land Dinge, die seinem eigenen Selbstverständnis und auch seinen eigenen Gesetzen widersprachen: Es überwachte seine Bürger, es hielt Menschen ohne Anklage und ohne Prozess gefangen, und an geheimen Orten wurde gefoltert – ein Land, das stets stolz auf seine Freiheitsrechte gewesen war. Die moralische Autorität, die Amerika am 11. September gewonnen hatte, verspielte es in den Wüsten des Irak und im Gefangenlager in Guantanamo.

Und bei uns entstand etwas Neues: das Gefühl, dass Partnerschaft eben nicht Gefolgschaft bedeuten muss.

Andere in Europa entschieden sich damals im Übrigen anders: Sie zogen mit – die einen aus Überzeugung, die meisten, weil Nähe zu Amerika ihnen Sicherheit versprach, vor allem im Osten, im Angesicht Russlands.

Es ist eine bittere Ironie, dass gerade sie heute am meisten bangen müssen, ob dieses Versprechen Amerikas immer noch gilt.

Obama: Hoffnung und Bruchlinien

Dann kam Barack Obama. 2008 sprach er, noch als Kandidat, vor der Berliner Siegessäule – vor zweihunderttausend Menschen. Es war die Zeit von „Yes we can" – ein Versprechen, das wir alle hören wollten. Wir waren wieder verliebt. Endlich, so schien es, ein Amerika, das zuhörte, das die Welt nicht belehrte, sondern einlud.

Doch die Wirklichkeit war komplizierter. Im selben Jahr, 2008, brach die Finanzkrise über uns herein – sie begann in Amerika und riss die ganze Welt mit sich. Das war die erste große Erschütterung, die Amerika nach innen kehrte.

Die Krise hat den amerikanischen Mittelstand ausgehöhlt, sie hat die Ungleichheit vertieft und in weiten Teilen des Landes eine Wut gesät, die uns später noch begegnen wird. Der Glaube, dass der amerikanische Weg für alle die Antwort sei, geriet damals zum ersten Mal ins Wanken.

Und dann, 2013, die Enthüllungen von Edward Snowden. Die NSA hatte in nie gekanntem Ausmaß die eigenen Bürgerinnen und Bürger überwacht – aber nicht nur die, auch uns, auch Amerikas Freunde. Sogar das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin. Angela Merkels Satz von damals ist vielen im Ohr geblieben: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht."

Sehen Sie: Selbst in einer der schönsten Phasen unserer Beziehung waren die Bruchlinien schon sichtbar. Vertrauen und Misstrauen lagen nie weit auseinander – sie wohnten Tür an Tür.

America First: die Revolte im Inneren

2016 dann der Einschnitt, der alles verändern sollte.

Mit Donald Trump zog eine Idee ins Weiße Haus ein, die vieles infrage stellte, was uns selbstverständlich schien: „America First." Zwei Worte, die dem Land eine neue Losung gaben – ausgerechnet jenem Land der „unbegrenzten Möglichkeiten", das seine Größe immer daraus bezogen hatte, dass es sich der Welt öffnete, statt sich vor ihr zu verschließen. Bündnisse wurden nicht mehr als Wert begriffen, sondern als Rechnung.

Trump der erste Präsident … Machtmultiplikator … Allianzen mißachtet

Die NATO – eine Schutzgelddebatte. Die Europäische Union – ein Konkurrent. Der Freihandel – angeblich ein Betrug an Amerika.

Aber wir würden es uns zu leicht machen, wenn wir das nur als Laune eines Präsidenten abtäten. Dahinter stand ein tief gespaltenes Land. Es war das Amerika der abgehängten Industrieregionen, der geschlossenen Fabriken, der Opioid-Krise. Ein Amerika, das sich von den eigenen Eliten vergessen fühlte. Ein Amerika, das nach außen den Rückzug antrat, weil es nach innen mit sich selbst im Streit lag.

Es gilt das gesprochene Wort

Es war ausgerechnet Angela Merkel, die 2017 in einem Bierzelt in München-Trudering den Satz aussprach, der einen Paradigmenwechsel in den Köpfen markierte: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei." Eine christdemokratische Kanzlerin sagte das – über unseren wichtigsten Verbündeten. Das muss man sich vergegenwärtigen.

Biden, Afghanistan, Zeitenwende

Vier Jahre später schien die alte Ordnung dann aber doch noch einmal zurückzukehren. Joe Biden wurde Präsident und verkündete: „America is back" – und wir Europäer taten das, was wir am besten können: Wir lehnten uns zurück und hofften, alles sei wieder wie früher. Überrascht hat uns dann aber Amerikas überstürzter Abzug aus Afghanistan im Sommer 2021 – chaotisch, kaum abgestimmt mit den Verbündeten, die dort zwanzig Jahre an Amerikas Seite gestanden hatten. Eine bittere Lektion.

Es folgte der 24. Februar 2022. Russland überfiel die gesamte Ukraine. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach von der „Zeitenwende". In der Stunde der Gefahr rückte das Bündnis wieder zusammen; die transatlantische Partnerschaft bewies, dass sie im Ernstfall trägt. Aber, meine Damen und Herren, zugleich wuchs eine leise Sorge: Wie lange noch? Und zu welchem Preis?

Heute

Womit wir in der Gegenwart angekommen sind – und bei den „herausfordernden Zeiten" im Titel der heutigen Veranstaltung.

Seit dem vergangenen Jahr regiert Donald Trump zum zweiten Mal – und diesmal ist der Ton noch rauer und feindseliger als beim ersten Mal. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 hielt der amerikanische Vizepräsident J.D. Vance eine Rede, die viele als das empfanden, was sie war: nicht die Ansprache eines Verbündeten an Verbündete, sondern die Belehrung eines Lehrers an unmündige Schüler. Er warf den Europäern vor, die Meinungsfreiheit einzuschränken und sich von demokratischen Werten abzuwenden. Die eigentliche Bedrohung, so die Botschaft, komme nicht aus Moskau, sondern aus Europa selbst.

Mit Trumps zweiter Präsidentschaft kamen auch die neuen Zölle. Auf europäische Waren sind sie von rund zwei auf mindestens fünfzehn Prozent gestiegen – fast das Achtfache. Auf Stahl und Aluminium bis zu fünfzig Prozent.

Und dazu kommt noch die Frage, die wir uns vor 25 Jahren nie gestellt hätten: Wenn es hart auf hart käme – stünde Amerika dann an unserer Seite? Oder ist Artikel 5, der einst für die USA galt, für uns heute nur noch ein Versprechen auf dem Papier? Wenn Sie mich fragen: Es wird Zeit, dass wir Europäer auf eigenen Beinen stehen – nicht gegen Amerika, sondern damit wir Amerika überhaupt noch auf Augenhöhe begegnen können.

Auch nach innen ist Amerika heute ein zerrissenes Land: eine Demokratie, die um ihr eigenes Selbstverständnis ringt – denken Sie etwa an die Bilder, die uns in diesem Jahr erreicht haben, als die Nationalgarde in amerikanische Städte einrückte.

Es gilt das gesprochene Wort

Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, das klingt nach einer düsteren Bilanz. 25 Jahre – von „Wir sind alle Amerikaner" bis zu Zöllen und Belehrungen. Aber ich will hier nicht mit Resignation enden, und schon gar nicht mit Antiamerikanismus. Das wäre für uns alle sicherlich der falsche Weg.

Lassen Sie mich als Vorsitzender der Atlantik-Brücke deshalb klar sagen: Unsere Beziehung zu Amerika zerbricht nicht, davon bin ich überzeugt. Sie ordnet sich lediglich neu. Und ich halte das sogar für notwendig. Denn ein Vierteljahrhundert lang haben wir uns auf einem bequemen Gefühl ausgeruht – dass Amerika schon für uns sorgen werde. Diese Bequemlichkeit können wir uns nicht länger leisten. Was wir brauchen, ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe: eine, in der Europa nicht Bittsteller ist, sondern Gestalter.

Denn eines hat sich nicht geändert. Fast eine Million Menschen arbeiten in den Vereinigten Staaten für deutsche Unternehmen. Unsere Wirtschaften sind verflochten, unsere Gesellschaften verbunden – durch Millionen persönlicher Fäden, durch Familien, Freundschaften, und durch den Austausch junger Menschen, den auch wir bei der Atlantik-Brücke Jahr für Jahr fördern.

Der amerikanische Staat mag sich wandeln. Aber Amerika ist mehr als seine jeweilige Regierung. Amerika, das sind auch die Feuerwehrleute, die 2001 in die Türme hineinliefen, während alle anderen herausrannten – und die Deutschen, die damals vor der Botschaft Kerzen anzündeten.

Genau das ist die Aufgabe von Organisationen wie der unseren: diese Bande zu pflegen, wenn die große Politik sie vernachlässigt. Brücken zu bauen, wenn andere Mauern errichten. Das Gespräch zu suchen, gerade dann, wenn es schwer wird.

Selten war unsere Arbeit so gefragt wie heute; die Anfragen häufen sich. Warum jetzt? Weil man die Brücke am dringendsten braucht, wenn das Wetter rau wird. Vertrauen lässt sich nicht in der Krise improvisieren – man muss es vorher aufgebaut haben, über Jahre, von Mensch zu Mensch. Das ist unsere Arbeit.

Meine Damen und Herren, vor 25 Jahren hat uns eine Katastrophe gezeigt, was uns verbindet. Es sollte nicht erst wieder einer Katastrophe bedürfen, damit wir uns daran erinnern. Lassen Sie uns die Brücke über den Atlantik erneuern – nüchtern, selbstbewusst, ohne Illusionen – und mit unseren europäischen Freunden im Rücken.

Denn machen wir uns nichts vor: Deutschland allein ist dafür zu klein. Aber Europa ist es nicht. Fast 450 Millionen Menschen, einer der größten Wirtschaftsräume der Erde – das ist ein Gewicht, das auch in Washington zählt. Nur gemeinsam, als Europäerinnen und Europäer, treten wir den Vereinigten Staaten nicht als Bittsteller gegenüber, sondern als Partner, den man braucht. Das ist die Partnerschaft, um die es geht: keine auf Knien, sondern eine auf Augenhöhe.

Und ich bin überzeugt: Wenn wir Europäer zusammenstehen, dann liegt die beste Zeit dieser Freundschaft nicht hinter uns – sie liegt vor uns. Ich danke Ihnen.